



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/K/70 - 25.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum bevorstehenden Bonner Besuch von H.C. Hansen	S. 1
Verschärfter Parteienkampf in den USA	S. 3
Munitions-Lager Rheinland-Pfalz	S. 5

## Deutsche und Dänen in Südschleswig

Von Bruno Dickmann - Kiel, MdB

Vermutlich wird am Montag, dem 28. März 1955, der Ministerpräsident H.C. Hansen des Königreichs Dänemark zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Bonn eintreffen, um mit dem Bundeskanzler eine gemeinsame Erklärung zur Regelung der Minderheitenfrage an der deutsch-dänischen Grenze zu unterzeichnen. Anlass zu der in Aussicht stehenden Minderheitenregelung hat die von der SPD am 8. Dezember 1954 gestellte Große Anfrage im Bundestag gegeben, in der bekanntlich die Bundesregierung aufgefordert wurde, Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Minderheiten zu treffen, sowie die Erklärung des dänischen Außenministers anlässlich der Tagung des Europarats in Strassburg am 22. Oktober 1954.

Was war im Grenzraum des Landes Südschleswig vor sich gegangen? Auf Grund der 5 % Klausel im Wahlgesetz des Landes Schleswig-Holstein hatte die dänische Minderheit, obgleich sie 45 000 Stimmen auf sich vereinigete, keinen Sitz im Landtag bekommen. Die Reaktion in Dänemark war deshalb sehr unerfreulich, weil die deutsche Partei in Dänemark mit nur 9 000 Stimmen einen Vertreter in den Folketing entsenden konnte, weil der deutsche Wahlblock, die SPD nicht einbezogen, als geschlossene Wahlpartei der dänischen Minderheit jegliche Aussicht auf die Erringung eines Mandats in den Kreisen des Grenzgebiets nahm und die schleswig-holsteinische Regierung im letzten Jahr den Schulen der Minderheit die seit Jahrzehnten übliche Erstattung von 80 % des Schulgeldes auf 40 % herabgesetzt hatte.

### Dänische und deutsche Wünsche

Es ist leider fast zum notwendigen Übel geworden, dass nach jeder Regierungsbildung in Schleswig-Holstein versucht wurde, sich zunächst mit den an der Grenze bestehenden nationalen Problemen auseinanderzusetzen und stets wurde neue Unruhe an der Grenze verursacht, welche die politische Atmosphäre dann auf längere Zeit vergiftete. Die Kieler Erklärung ist eine einseitige Erklärung der damaligen Landesregierung. Das gerade hat das Nationalgefühl vieler Politiker nicht ruhen lassen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen Minderheitenvertrag zu fordern, der von beiden Staaten getragen werden sollte. So ist es zu verstehen,

dass die CDU anlässlich der Behandlung der Minderheitenfrage im Bundestag in Ergänzung der Behandlung dieses diffizilen Minderheitenproblems ihren Antrag auf Vertragsverhandlungen der Regierungen Dänemarks und Deutschlands stellte.

Zur Klarstellung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheit für die Mitglieder der Minderheiten in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger haben dann beide Staaten Delegierte berufen, die vom 28. Februar bis 5. März 1955 in Kopenhagen tagten und folgende Programmpunkte behandelt und erarbeitet haben.

Der Wunsch der dänischen Minderheit:

1. Aufhebung der 5 % Klausel,
2. Erhöhung der Landeszuschüsse für die dänischen Schulen,
3. Benutzung deutscher Kirchen,
4. Anerkennung der Examen dänischer Minderheiten.

Deutsche Wünsche in Nordschleswig:

1. Regelung der Unterstützung derjenigen, die in der Deutschen Wehrmacht Dienst getan haben,
2. Rückgabe deutscher Schulen und deutschen Eigentums,
3. Herstellung der vollen bürgerlichen Rechte unter Zahlung von Pensionen,
4. Freilassung derjenigen, die wegen Kriegsverbrechen noch in Haft gehalten werden,
5. Die Deutschen in Nordschleswig erhalten ebenfalls staatlich anerkannte höhere Schulen.

Das endgültige Ergebnis ist noch nicht bekannt und wird der Öffentlichkeit erst übergeben werden, wenn die beiden Staatsmänner die letzte Fassung erarbeitet und unterzeichnet haben. Es darf angenommen werden, dass zwischen den beiden Staaten hinsichtlich ihrer Programme völlige Einigung erzielt wurde.

#### Streit um die Kieler Erklärung

Wie aber voranzusehen war, kommt es wegen der Ablehnung Dänemarks zu keiner vertraglichen Regelung, sondern nur zu Grundsatz-erklärungen in Bonn und Kopenhagen, die vom Bundestag und Folketing bestätigt werden müssen. Sollte aber durch diese parallele Willenskundgebung in Bonn und Kopenhagen der Streit um die Kieler Erklärung und das Kopenhagener Protokoll zu einer historischen Angelegenheit werden, muß ein weiterer Staatsakt vollzogen werden, und zwar in Schleswig-Holstein; denn die eigentliche Realisierung der zur Beruhigung an der Grenze dienenden, von Bonn und Kopenhagen getroffenen Maßnahmen muß das Land Schleswig-Holstein vornehmen.

Nun die beschuldete Frage: Wenn Schleswig-Holstein schließlich für die Realisierung der beiderseitigen Erklärungen zuständig ist und, was voranzusehen war, ein Minderheitenvertrag zwischen beiden Staaten nicht zustandekommt, was dann die von der CDU gewünschte Aktion der Bundesregierung überhaupt notwendig? Das Ergebnis der Verhandlungen in Kopenhagen ist die Vorständigung mit dem Nachbarland und deckt sich völlig mit dem Inhalt der Willenskundgebung der Kieler Erklärung. Zugegeben, die Kieler Erklärung war eine einseitige Erklärung der

Landesregierung Schleswig-Holstein, aber in der Präambel stand die Erwartung der Gegenseitigkeit und wider Erwarten erfolgte auf dänischer Seite das Kopenhagener Protokoll, das deutschen Nordschleswigern ähnliche Rechte gewährte wie der Minderheit in Südschleswig. Das Fundament der Kieler Erklärung bildet das Grundgesetz der Bundesrepublik, also mit Grundrechten, die jede moderne Demokratie ihren Staatsbürgern gewährt. Die Erklärung sah einen paritätisch besetzten Verständigungsausschuß vor, der auftretende Differenzen und Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zur Klärung der politischen Atmosphäre von vornherein beseitigen sollte.

#### Ein historisches Verdienst

Der Erfolg der Kieler Erklärung war die internationale Anerkennung des guten Willens des demokratischen Deutschlands, war die Beruhigung diesseits und jenseits der dänischen Grenze sowie die Anbahnung guter nachbarlicher Verhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland. Das historische Verdienst der Kieler Erklärung aber ist, dass Südschleswig nicht zu einem zweiten Saargebiet geworden ist. Die Kieler Erklärung, das Grundgesetz und die demokratische Landesverfassung garantieren der Minderheit die selbstverständlichen Menschenrechte und ihr kulturelles Eigenleben. Das Land Schleswig-Holstein ist hinsichtlich seiner Wahlgesetzgebung souverän. Die 5 %-Klausel kann der Landtag, wenn er guten Willens ist und Politik auf weite Sicht treiben will, jederzeit zugunsten der dänischen Minderheiten ändern. Die Regierung kann die Exemptionsfrage der höheren Minderheitenschulen regeln als auch die Mittel zur Unterstützung des Schulwesens wieder erhöhen. Jahrzehnte hindurch wurden 80 % des Schulgeldes vom Heimatstaat getragen. So verpflichtete sich Preußen, in der Nachfolgezeit seit 1945 Schleswig-Holstein, so handelt auch Dänemark.

#### Schrittmacher deutsch-dänischer Verständigung

Dänischerseits hat es in dieser nach 1945 spannungsgeladenen Zeit kluge und weitsichtige Politiker gegeben, die sich durch Resentiments und Augenblickserfolge sowie durch annexionalüsterne Politiker nicht beeinflussen ließen, und zu diesen klugen Politikern gehört auch der jetzige Ministerpräsident und Außenminister des Königreiches Dänemark H.C.Hansen. Mit ihm und seiner Regierung hätte man alle diese anstehenden politischen Grenzlandprobleme lösen können. Warum soviel Aufhebens um die Beseitigung der Kieler Erklärung gemacht wird, ist nicht ganz verständlich. Vielleicht weil sie ein Aktivposten der sozialdemokratischen Politik gewesen ist. Wenn aber die Erklärungen der beiden Außenminister Deutschlands und Dänemarks im Interesse des gutnachbarlichen, ja freundschaftlichen Verhältnisses dazu beitragen, die für beide Staaten so schmerzliche Wunde an ihren Grenzen zu heilen, dann soll die Kieler Erklärung getrost der historischen Vergangenheit angehören. Dann sind die Erklärungen der beiden Staatsräuber ein weiterer Schritt in der Zusammenarbeit und der Befriedung Europas.

25.3.1955

## Die Jalta-Veröffentlichung und die Folgen

---

O.D., New York

Noch ist das Rätsel, warum Außenminister Dulles gerade im jetzigen Augenblick die Jalta-Dokumente veröffentlicht hat, nicht gelöst. Aber man neigt in den Vereinigten Staaten immer mehr dazu, innenpolitischen Druck der Republikanischen Parteistrategen und vor allem des rechten Flügels der Republikaner auf Dulles für die eigentliche Ursache dieses heiklen Schrittes zu erklären. Die Konsequenzen dieser undiplomatischen Aktion beginnen sich bereits zu zeigen.

Ist zwei-parteiliche Außenpolitik noch möglich?

In der Innenpolitik ist eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den beiden Parteien unzweifelhaft die Folge des neuen Streites über Jalta und die Politik Roosevelts. Selbst ein so rechtstehender Mann wie der Senator George, der Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des Senats und als solcher einer der wichtigsten Männer im Kongreß, der Eisenhower und Dulles im Senat entweder helfen oder große Schwierigkeiten bereiten kann, hat die Veröffentlichung der Jalta-Dokumente kritisiert. In einer Zeit, in der die Demokraten die Mehrheit im Kongress haben, hat Dulles durch die Veröffentlichung der Jalta-Dokumente und die damit herausbeschworene hitzige parteipolitische Debatte die Voraussetzungen für eine sogenannte "zweiparteiliche Außenpolitik" zu einem guten Teil zerstört. Wegen der Gegensätze in der Steuerfrage ist der innenpolitische Kampf zwischen Eisenhower und dem größten Teil der Demokraten im Kongress entbrannt. Nun ist der Parteienkampf auch auf die Außenpolitik ausgedehnt worden. Es ist nur natürlich, dass die Demokraten den Präsidenten fühlen lassen werden, dass sie ihn auch dort, wo er ausschließlich auf ihre Hilfe angewiesen ist, wie zum Beispiel in der Zoll- und Handelspolitik, empfindlich treffen können.

Wirkung auf die Außenpolitik

Aber nun, da die Explosion die Atmosphäre vergiftet hat, ist auch die diplomatische Luft mit Giftstoffen angefüllt. Die erste Konse-

quenz ist die Verstimmung zwischen Washington und London, also zwischen den beiden Mächten, auf deren Zusammenwirken und auf deren Einigkeit ein halbwegs vernünftiger Kurs in der Weltpolitik beruht. Wäre in England eine Arbeiterregierung am Ruder, könnte man es noch verstehen, dass die Republikaner nicht viel Verständnis für ihre diplomatischen Bedürfnisse aufbringen können. Aber es ist eine Tory-Regierung und es ist Churchill persönlich, die durch die Nichtachtung ihrer Ratschläge getroffen werden. Das bedeutet eine weitere Erschwerung für ein Zusammenwirken der Vereinigten Staaten mit England im Fernen Osten, ein weiterer Schritt auf dem abschüssigen Weg der amerikanischen Diplomatie, der sie zwingt, allein weiter zu gehen, ohne Rücksicht auf die Alliierten und ohne moralische und sonstige Unterstützung durch sie.

Noch bedenklicher ist aber die viel weiter reichende Wirkung auf die Möglichkeit freier Diskussionen in vertraulichen Gesprächen zwischen Staatsmännern bei kommenden internationalen Verhandlungen. Wer wird bei solchen Gelegenheiten ein offenes Wort riskieren, wenn er zu gewärtigen hat, dass eine anders zusammengesetzte Regierung noch in derselben Generation Protokolle darüber veröffentlichen wird? Dadurch wird in Frage gestellt, ob es - zumindest in der nächsten Zukunft - überhaupt noch zu Besprechungen zwischen internationalen Staatsmännern kommen kann, bei denen über die steife, zünftige Diplomatie hinweg noch etwas wie ein menschlicher Kontakt hergestellt werden kann.

Direkte Verhandlungen zwischen Staatsmännern  
jetzt möglich?

Auf diesem Gebiet liegt wohl die wichtigste praktische Wirkung für die nächste Zukunft. Die oft erwähnten Besprechungen zwischen den führenden Staatsmännern der großen Mächte - Churchills Lieblingsgedanke - sind damit wohl hinfällig geworden, zumindest bis die Wirkung der Jalta-Veröffentlichung durch den Ablauf der Zeit etwas abgeschwächt ist. Aber je mehr die Lösung der Fragen im Fernen Osten und auch sonst in der Welt von direkten Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Rußland und England abzuhängen scheint, desto bedenklicher sind die Hindernisse, die die Jalta-Veröffentlichungen geschaffen haben.

Wenn Dulles die Absicht gehabt hätte, solche direkte Verhandlungen gegen die die Vereinigten Staaten ohnedies sehr skeptisch waren, zu verhindern, er hätte wahrscheinlich kein wirksameres Mittel als die Veröffentlichung der Jalta-Dokumente finden können. So klein oder kleinlich also die Beweggründe für die Veröffentlichung gewesen sein mögen, so bedeutsam können die Folgen sein.\* \* \*

Rheinland-Pfalz - Heerlager und Pulverfasse

K.N., Mainz

Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz, insbesondere diejenige um die Besatzungsschwerpunkte Mainz und Kaiserslautern - Baumholder, ist seit Jahren allerhand an Aufregungen gewöhnt. Trotzdem kochte man auf, als kürzlich bekannt wurde, dass in diesem Jahr in den genannten Schwerpunkten noch weitere Projekte im Wert von weit über hundert Millionen Mark ausgebaut werden sollen, von denen allein 75 Millionen nur für Munitionsdepots und ähnliche Großlager bestimmt sind. Die Landesregierung stellte sich dieser von der sozialdemokratischen Zeitung "Die Freiheit" in Mainz veröffentlichten Meldung gegenüber als unwissend hin, ein Dementi konnte aber weder von ihr noch von den amerikanischen Dienststellen gegeben werden.

Mit diesen neuen Bauvorhaben so spezieller Natur verstärken sich die seit Jahren über Rheinland-Pfalz lagernden Schatten in mehrerer Hinsicht wesentlich. Da sind zunächst die fast täglich eingehenden Requisitionsanforderungen der Besatzungsmächte. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 231 (129 der Amerikaner, 101 der Franzosen und eine der Engländer). Dabei ist Rheinland-Pfalz schon jetzt das von allen Ländern der Bundesrepublik durch Beschlagnahmen weitaus am meisten betroffene Land. Insgesamt 34 222 Hektar Land stehen den alliierten Truppen hier zur Nutzung zur Verfügung, das sind 1,7 Prozent der Landesfläche. Dazu mußte die Landwirtschaft 6 308 und die Forstwirtschaft 11 850 Hektar beisteuern. Nur 15 500 Hektar beträgt die Summe des schon früher von der ehemaligen Wehrmacht genutzten Geländes.

Unruhe unter den Bauern

Es ist verständlich, dass die dauernden Beschlagnahme - Aktionen ständige große Unruhe unter die Landbevölkerung tragen, da die Planungen sehr oft ärmere Landwirtschaftsgebiete bevorzugen, wo die Bauern sowieso hart um die Existenz ringen müssen. Allordings gelang es der Landesregierung seit längerer Zeit in immer stärkerem Maße, Anforderungen durch ihren Einspruch zum Scheitern zu bringen oder Einschränkungen zu erreichen.

Wenn sich unter den bisherigen militärischen Bauten im Lande, eine ganze Anzahl Anlagen befanden, die der Bevölkerung nicht unbedingt ein Dorn im Auge sein müssen, wie zum Beispiel Wohnsiedlungen, günstige Verkehrsstraßen in bisher unerschlossene Gebiete, bessere Brücken und ähnliches, so beschwören gerade die jüngsten Pläne doch wieder Erinnerungen an die Schrecken des großen Bitburger Unglücks, wo ein Tank mit Düsenjägetreibstoff explodierte, herauf. Ende Januar zum Beispiel mußte der Mainzer Oberbürgermeister vor der Massierung derartiger Gefahrenpunkte am Rande einer Großstadt warnen, als die Amerikaner ihre Absicht, Munitions- und Treibstoffgroßlager in dem einzigen kleinen Waldgelände unmittelbar bei Mainz anzulegen, anmeldeten.

Sorgen anderer Art bringt die ständige Ausweitung der US-Bauvorhaben für die verantwortlichen Kommunal- und Kreisbeamten durch die damit einhergehenden soziologischen Umschichtungen. Was wird aus den Menschen, die nach generationenlanger Anwesenheit durch Beschlagnahmen Haus und Hof verlieren? Mag die Entschädigung im Augenblick diesen Familien eine gewisse finanzielle Wohlhabenheit bieten, es bleiben doch viel zu viele im Laufe der Zeit auf der Strecke, die mit der Umstellung nicht fertig werden; die Dezimierung der Landbevölkerung macht langsame, aber sichere Fortschritte. Andere Nachteile mit nicht zu überschätzenden Nachwirkungen sind die ständig sich ablösenden Kolonnen der Bauarbeiter aus allen Ländern der Bundesrepublik in den kleinsten Dörfern und die oft in der Nachbarschaft bisher unberührter Flecken entstehenden Truppenunterkünfte.

#### Massierung von Atomkanonen

Die schwerste aller Sorgen aber wurde von der Landtagsfraktion der SPD erst vor kurzem wieder im Landtag zur Sprache gebracht: Die immense Gefahr für die Zivilbevölkerung, in einem Kriegsfall mitten in diesen militärischen Angriffsziel ersten Ranges leben, ungeschützt in die unübersichtliche Zukunft blicken zu müssen. Jedes andere europäische Land hat die Stationierung der zu einer traurigen Berühmtheit gelangten Atomkanonen in ihren Staatsgebieten abgelehnt; in der Bundesrepublik stehen nach amerikanischen Angaben 22 davon, die meisten

sicher in Rheinland-Pfalz - einschließlich Munition. Die SPD wollte die Landesregierung zu Schritten bei der Bundesregierung verpflichten, Maßnahmen gegen diese Massierung militärischer Ziele und für den Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen. Die Landesregierung erklärte, bisher schon alles versucht zu haben; die Forderung der SPD sei also überflüssig. Tatsache aber ist, dass die Vergrößerung des Heerlagers in Rheinland-Pfalz unvermindert weitergeht, dass sich außer der Bildung eines "Luftschutz-Vereins" noch nichts auf dem Sektor "Sicherheit der Bevölkerung" getan hat und dass die im ganzen Bundesgebiet zur Verfügung stehenden zehn Millionen DM für Luftschutz bestenfalls ein relativer Schutz der vorläufigen Bundeshauptstadt und ihrer Umgebung erlauben und nicht mehr.

So muß sich die Bevölkerung im westlichsten Land der Bundesrepublik in verstärkter Maße wie auf einem Pulverfass fühlen und darf Überlegungen darüber anstellen, ob die augenblickliche NATO-Strategie das deutsche Weinland wohl zum Riesendepot ausbauen will und die "Front" woanders auf der Karte verläuft, oder ob die Höhenhügel am Rhein noch immer wie bisher die Verteidigungslinie der Alliierten darstellen. \* \* \*

#### Stadtpräsident Max Schmidt gestorben

sp - Im Alter von 59 Jahren verstarb an den Folgen einer Operation der Kieler Stadtpräsident Max Schmidt. Schon frühzeitig war der Verstorbene in der kommunalen Arbeit tätig. Seit 1920 gehörte er der Gemeindevertretung von Elmshagen bei Kiel an, seit 1924 war er im Reichsbanner tätig. Weit über die Grenzen Kiels hinaus wurde er in den Jahren 1926 - 1930 als Gausekretär des Reichsbanners durch seinen unerbittlichen Kampf gegen die heraufziehende Naziherrschaft bekannt. Von 1930 - 1933 war er Parteisekretär in Wandsbeck, wo er die an Hamburg angrenzenden Kreise Schleswig-Holsteins betreute. 1933 wurde in Flensburg verhaftet. Nach 1945 stellte er sich sofort wieder der kommunalpolitischen Arbeit zur Verfügung.

Bereits am 6.12.45 wurde er Ratsherr der Stadt Kiel und gehörte seitdem ständig der Kieler Stadtvertretung an. Seit dem 24.5.1951 bekleidete er das Amt des Stadtpräsidenten. Durch seine Amtsführung errang er sich die Achtung der Kieler Bevölkerung. Er hat mit dazu beigetragen, dass Kiel schneller als manche andere Gemeinde die Folgen des Krieges überwand, obgleich gerade hier viel geringere Voraussetzungen dafür bestanden als in weniger zerstörten und wirtschaftlich stärkeren deutschen Städten. Er war neben Andreas Gayk führend in der Kieler SPD tätig. \* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau